



Klinikverbund
Südwest

**Konzernbetriebsrat
Herbert Dietel**

Tel.: 07452 96 7 3330
h.dietel
@klinikverbund-suedwest.de

Klinikverbund Südwest, c/o Postfach 445, 71046 Sindelfingen

An alle
Beschäftigten im Klinikverbund Südwest

Arthur-Gruber-Str. 70
71065 Sindelfingen

Sindelfingen, den 21.11.13

Gemeinsame Stellungnahme des Konzernbetriebsrates und der Gewerkschaft Ver.di zu den geplanten Strukturveränderungen im Klinikverbund Südwest

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in der heutigen Gesamtkonferenz aller Betriebsräte des Klinikverbundes wurde – einstimmig – folgende
Stellungnahme zu den geplanten Strukturveränderungen beschlossen:

1. Grundsätzliches

Der Konzernbetriebsrat und die Gewerkschaft Ver.di lassen sich bei der Bewertung der geplanten
Strukturänderungen von folgenden Erwägungen leiten:

- a. Der Schutz der Interessen der Beschäftigten muss gewahrt sein. Dazu gehören der Erhalt der
Arbeitsplätze, aber auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Abbau der
zwischenzeitlich unerträglichen Arbeitshetze. Investitionen dürfen nicht durch
Personalstreichungen „refinanziert“ werden.
- b. Eine flächendeckende gute Versorgung für die Bevölkerung muss erhalten bleiben. Dies
beinhaltet sowohl die stationäre als auch die ambulante Versorgung, sowie die
Notfallversorgung und setzt eine regionale Planung voraus. Dazu nehmen auch Krankenhäuser
die ambulante Versorgung wahr.
- c. Krankenhäuser sind wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge. Diese ist eine öffentliche
Aufgabe. Deshalb müssen die Krankenhäuser in öffentlicher Hand erhalten werden. Es darf keine
Privatisierung geben. Eine Überprüfung der gegenwärtigen Rechtsform, z.B. von der GmbH (die
insolvent werden kann) zum Zweckverband bzw. Eigenbetrieb, ist anzustreben.

- d. Es müssen Strukturen geschaffen werden, in denen alle Kliniken gleichberechtigte Partner sind. Die kollegiale Leitung der Kliniken muss ermöglicht und die Beteiligung der Mitarbeiter bei Entscheidungsprozessen verbessert werden. Der Klinikverbund soll in seinem Bestand erhalten werden, es bedarf jedoch der Entwicklung gemeinsamer Ziele der Kliniken im Verbund und eines abgestimmten Versorgungskonzeptes.

2. Gefahren:

Die geplanten Strukturänderungen (Flugfeldklinik mit Schließung der Standorte Böblingen und Sindelfingen, medizinische Schwerpunkt- und Abteilungsbildung über die einzelnen Standorte hinweg) machen nur in einem „Gesamtpaket“ wirklich Sinn. Die Risiken sind erheblich und bedürfen eingehender Prüfung:

Es wird ggf. massiv in die Patientenströme eingegriffen und es kann in der Folge zur „Austrocknung“ der peripheren Standorte kommen. Dies kann die Wirtschaftlichkeit negativ beeinflussen. Diese Gefahr ist insbesondere angesichts der sowieso bestehenden massiven Unterfinanzierung der laufenden Kosten gegeben.

- a. Es kann ggf. zu einer Reduzierung von Investitionen in den peripheren Standorten kommen, die zu einer weiteren Senkung der Attraktivität und zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen.
- b. Weil nicht die gesamten Investitionskosten vom Land finanziert werden, wird der Kostendruck weiter steigen. Es drohen daher erneuter Personalabbau und damit schlechtere Arbeitsbedingungen und schlechtere Patientenversorgung.

3. Konsequenzen:

Trotz der möglichen Gefahren sind der Konzernbetriebsrat und Ver.di bereit die o.g. Strukturveränderungen konstruktiv zu begleiten, wenn die Träger im Gegenzug folgende Garantien für die Beschäftigten und die Patientenversorgung abgeben:

- a. Durchführung aller notwendigen Investitionen in allen Krankenhäusern und Übernahme aller Investitionskosten, die das Land nicht zahlt, durch die Träger.
- b. Refinanzierung der Abschreibungen/Zinsen für alle bisherigen, vom Klinikverbund selbst übernommenen, Investitionen durch die Träger im Rahmen des Verlustausgleichs.
- c. Garantien für alle Standorte (inkl. Ausbildungsstandorte) und Verzicht auf Privatisierungen/ Outsourcing mindestens bis 2030.
- d. Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.
- e. Anwendung und gegebenenfalls Anpassung der Rahmen-Betriebsvereinbarung Änderungsprozesse (Sozialplan und Interessenausgleich).
- f. Verzicht auf Tarifabsenkungen, Bezahlung aller Beschäftigten nach den kommunalen Tarifen und Reintegration der Service-GmbH.

gez.

Herbert Dietel
KBR-Vorsitzender

Jürgen Lippl
Gewerkschaftssekretär Ver.di